

ZBB 2005, 193

EGV Art. 81 Abs. 1

Keine unzulässige Absprache deutscher Banken über die Entgelte für den Barumtausch während der Übergangszeit der Euro-Einführung

EuGH, Urt. v. 14.10.2004 – Rs T-44/02, EWIR 2005, 303 (Jungmann)

Leitsätze:

- 1. Für eine Vereinbarung i. S. v. Art. 81 Abs. 1 EGV ist die Willensübereinstimmung von mindestens zwei Parteien erforderlich, wobei die Ausdrucksform unerheblich ist, wenn der Wille der Parteien getreu wiedergegeben wird.**
- 2. Wenn das Wesen einer Dienstleistung nur eine sinnvolle Art der Gebührenerhebung zulässt, ist regelmäßig nicht von einer solchen Willensübereinstimmung auszugehen.**